

Pressefrühstück Brüssel

Michael Kemmer

Hauptgeschäftsführer des
Bundesverbandes deutscher Banken, Berlin,

Brüssel, 11. Februar 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie recht herzlich zu unserem Pressefrühstück.

1. Europäische Kapitalmarktunion

Die Absicht der Kommission, den europäischen Kapitalmarkt in Form einer Kapitalmarktunion effizienter und wettbewerbsfähiger zu gestalten, unterstützen wir und begrüßen das Projekt ausdrücklich.

Die gesteckten Ziele sind anspruchsvoll. So soll die Effizienz des Kapitalmarktes erhöht werden, indem die Anlagemöglichkeiten für Sparer bzw. Investoren besser mit der Nachfrage nach Kapital in Einklang gebracht werden. Zweitens, sollte die Risikoallokation durch die Erleichterung der Möglichkeiten zu grenzüberschreitenden Investitionen verbessert werden. Und drittens sollte das europäische Wirtschaftssystem insgesamt gegenüber ökonomischen Schocks widerstandsfähiger werden, indem Kapitalmarkt und Bankensektor **in einem ausgeglichenen Verhältnis** zur Finanzierung der Wirtschaft beitragen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind tiefgreifende Reformen notwendig. In dem Ihnen vorliegenden Positionspapier haben wir die aus unserer Sicht notwendigen Schritte zusammengefasst. Eine Überarbeitung bereits bestehender Vorschriften reicht dabei nicht

aus. Sparer und Investoren müssen dazu angeregt werden, mehr in Finanzierungsformen des Kapitalmarktes zu investieren und gleichzeitig einen größeren Anteil ihrer Investitionen in anderen EU-Ländern zu tätigen.

Zugleich muss der Zugang zu einem breiten Spektrum an Finanzierungsmöglichkeiten des Kapitalmarktes für europäische Unternehmen erleichtert werden. Dies kann sinnvollerweise nur durch ein einheitliches europäisches Vorgehen erfolgen. Denn nur so kann dann das reibungslose Funktionieren des europäischen Finanzsystems sichergestellt und mögliche nationale Widerstände überwunden werden. Je größer und integrierter die Märkte, umso größer ist die Chance, dass eine Kapitalmarktunion auch zu mehr Wachstum beitragen können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle jedoch mit einem Missverständnis aufräumen Die Kapitalmarktunion wird den Firmenkredit nicht ersetzen können.

Dies zeigt der Blick in jene Länder, die Schwierigkeiten mit der KMU-Finanzierung haben. Die Probleme liegen vor allem in mangelnder Bonität der Unternehmen und fehlenden Wachstumsperspektiven. Zum Teil auch in einer Über- und Fehlregulierung des Bankensektors. All dies ändert sich nicht durch eine Kapitalmarktunion.

Kleine und mittlere Unternehmen werden zudem **nie** ihren Fremdfinanzierungsbedarf in vollem Umfang am Kapitalmarkt decken können. Bankkredite bleiben das erste - und oft auch das einzige - Mittel der Wahl: Insbesondere die notwendigen Größenanforderungen verhindern eine Kapitalmarktfinanzierung für weitere Teile der europäischen Wirtschaft. Wer KMU-Finanzierung will, braucht deshalb auch leistungsfähige Banken.

Zurück zur Kapitalmarktunion. Die derzeitige Fragmentierung der Kapitalmärkte hat zwei wesentliche Ursachen: Zum einen den Vertrauensschwund der Investoren durch die Staatsschuldenkrise und zum anderen die strukturellen Besonderheiten der EU, gerade im Vergleich zu den USA.

Eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Kapitalmarktunion ist daher zunächst die Wiederherstellung des Vertrauens, und zwar sowohl in die Stabilität der Kapitalmärkte als auch in eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik. Erst danach besteht die Chance, dass neue Kapitalmarktregeln einen breiteren, tieferen und effizienteren Kapitalmarkt schaffen können.

Die Vorteile eines einheitlichen Kapitalmarktes hängen also nicht alleine von seiner Regulierung ab, sondern auch davon, ob die Unternehmen wettbewerbsfähig und attraktiv für Investoren sind.

Die hierfür erforderlichen Strukturreformen in den einzelnen Mitgliedstaaten kann eine Kapitalmarktunion nicht ersetzen. Ihre positiven Effekte werden verpuffen - so wie die Niedrigzinspolitik der EZB verpufft - wenn die begleitenden Maßnahmen ausbleiben. Wenn wir bereits heute sehen, dass das Kreditangebot in einigen Ländern auf nur ungenügend Nachfrage trifft, so wird sich dies auch durch neue, zusätzliche Finanzierungsinstrumente nicht ändern.

Wer keinen Durst hat, wird nicht trinken; da hilft es auch nicht, ihm ein zweites Glas Wasser hinzustellen.

Entscheidenden Einfluss auf den Erfolg der Kapitalmarktunion haben die strukturellen Besonderheiten der EU. Im Vergleich zu den USA zählen dazu etwa die Vielzahl der Währungen in der EU, die nationalen Zuständigkeiten für weite Teile der Wirtschaftspolitik, unterschiedliche nationale Steuersysteme sowie ein unterschiedliches nationales Unternehmens- und Insolvenzrecht. Dies alles lässt sich zwar nur langfristig harmonisieren, sollte aber trotzdem ein Bestandteil der Überlegungen zur Kapitalmarktunion sein.

Aus diesem Grund wird der Kapitalmarkt in der EU wohl nie einen Integrationsgrad wie der US-amerikanische erreichen können. Andererseits wäre eine Kapitalmarktunion bereits zu Beginn gescheitert, würden die nationalen Divergenzen als unverrückbar akzeptiert. Wir würden es für unzureichend halten, wenn die Europäische Kommission zwar die Probleme - wie etwa

Unterschiede zwischen den nationalen Steuersystemen für Finanzprodukte - benennt, aber in diesen Bereichen keine Harmonisierungsschritte planen würde.

Meine Damen und Herren, ein effizienter Kapitalmarkt und ein solider, ertragsstarker Bankensektor sind zwei Seiten **einer** Medaille. Denn in Europa sind es vor allem die Banken, die die Liquidität am Kapitalmarkt bereitstellen. Eine Bankenstrukturreform, welche das Market-Making der Banken verteuert oder gar gefährdet, würde nicht nur die Liquidität am europäischen Kapitalmarkt beeinträchtigen, sondern den Erfolg der Kapitalmarktunion noch vor ihrem Start in Frage stellen.

Das gleiche gilt für eine **Finanztransaktionssteuer** die in einzelnen Ländern Kapitalmarkttransaktionen belastet, in anderen wiederum nicht. Um das Vertrauen in die Kapitalmärkte zu stärken, sollte die Politik hier nicht gleichzeitig Hü und Hott rufen, je nachdem auf welcher Seite der Grenze sich der Investor gerade befindet.

Kurzum: Von einem gemeinsamen Level-Playing-Field des Finanzbinnenmarktes sind wir auch trotz Bankenunion noch weit entfernt. So haben Banken oder Versicherungen keine Möglichkeit Produkte paneuropäisch anzubieten. Zu groß sind in vielen Rechtsbereichen die nationalen Unterschiede. Dies würde bei einer

Kapitalmarktunion derzeit nicht anders aussehen, wir haben dazu in unserem Positionspapier beispielhaft Handlungsfelder benannt.

Es gibt somit eine Reihe von Ebenen, die im Rahmen der Debatte zur Kapitalmarktunion angegangen werden sollten. Die Idee der Kapitalmarktunion sollte genutzt werden, um auf eine **stärkere Integration auch in zentralen wirtschaftspolitischen Fragestellungen** hinzuarbeiten und die **Strukturreformen innerhalb der Mitgliedstaaten zu forcieren**. Zudem sollte die von Kommissar Hill angekündigte **Revision der erfolgten Regulierungsschritte** gerade im Hinblick auf eine Beeinträchtigung der Finanzierungsmöglichkeiten der Banken erfolgen. Dies gilt für bereits umgesetzte ebenso – wie für geplante Regulierungsvorhaben. Die FTT und die Bankenstrukturreform habe ich in diesem Zusammenhang bereits genannt.

Meine Damen und Herren, sie sehen, es gibt viele Hürden die zu nehmen sind. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass das Projekt an Fahrt gewinnen kann und wir gemeinsam dazu beitragen können, das Finanzierungsumfeld für Unternehmen noch weiter zu verbessern. Im Interesse von mehr Wachstum für Europa.

2. Ausblick auf den Gipfel - Griechenland

Dass Europa im Zuge der Finanzkrise zusammenwächst und gestärkt aus der Krise hervorkommt, mag man derzeit noch nicht

recht glauben. Nachdem der Wahlkampf in Griechenland ausgeklungen ist und sich schnell eine neue Regierung gefunden hat, scheinen wir uns derzeit in einem eher aus Tarifverhandlungen bekannten Ritual zu befinden. Maximalforderungen werden in den Ring geworfen, unabhängig wie realistisch - oder besser unrealistisch - sie sind.

Die Stoßrichtung der neuen griechischen Regierung basiert dabei allerdings auf einer falschen Problemanalyse. Sie vertauscht Ursache und Wirkung. So werden z. B. unvermeidliche Korrekturen von vorangegangenen Übertreibungen – etwa bei den Lohnstückkosten oder dem Haushaltsdefizit – zu Ursachen der Krise umgemünzt. Fakt ist: Die Haushaltspolitik Griechenlands war über viele Jahre hinweg unverantwortlich, das Leistungsbilanzdefizit entschieden zu hoch. Die wirtschaftliche Dynamik wird bis heute durch einen überdehnten, in vielen Bereichen kaum funktionsfähigen Staatsapparat ausgebremst. Eine effiziente und gerechte Erhebung von Steuern findet nicht statt. Hier muss die neue Regierung Handlungsfähigkeit beweisen. Dann findet sie sicherlich auch breite Unterstützung bei ihren europäischen Partnern.

Auch die Forderung nach einem weiteren Schuldenschnitt – oder einer Umschuldung – kann bei einem näheren Blick nicht überzeugen. Für die Tragfähigkeit der Schulden ist nicht die Höhe

der Schulden in Relation zum BIP entscheidend, sondern die Belastung der öffentlichen Hand durch den Schuldendienst – und hier spielt der Zinssatz eine entscheidende Rolle. Durch extrem niedrige Zinsen, vor allem aber durch die Stundung von Tilgungen und Zinszahlungen für einen großen Teil der Hilfskredite bis ins nächste Jahrzehnt hinein, ist der Schuldendienst für Griechenland zurzeit tragbar.

Griechenland wird nicht durch einen Schuldenschnitt wettbewerbsfähig, sondern durch Reformen, die dann auch staatliche Einnahmen bringen und auch soziale Erleichterungen ermöglichen. Diese Reihenfolge bleibt der Schlüssel zum Erfolg.

3. European Money Week

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem wesentlich angenehmeren Thema und einem Terminhinweis abschließen. Dass die gemeinsamen Interessen der Europäer doch noch stärker vorhanden sind, als es manchmal den Eindruck erweckt, zeigt das Thema Bildung. Am 9. März startet unter dem Dach der Europäischen Bankenvereinigung (EBF) die erste European Money Week mit unserer Unterstützung.

Wie Sie vielleicht wissen, engagiert sich der Bankenverband seit vielen Jahren auf dem Gebiet der ökonomischen Bildung mit dem

Ziel junge Menschen nachhaltig für Wirtschaft zu interessieren. Vor über 25 Jahren wurde dazu das Schul|Bank-Programm etabliert, mit entsprechenden Impulsen an die Bildungspolitik ebenso wie einem umfangreichen Angebot von Schülerwettbewerben und Unterrichtsmaterialien.

Wir stehen dabei nicht alleine. Viele andere europäische Bankenverbände engagieren sich in ähnlichen Projekten, denn nur in wenigen Ländern ist Wirtschaft in den Lehrplänen der Schulen fest verankert. Die EBF nimmt dies zum Anlass in der European Money Week vom 9. bis 12. März mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen dem Thema die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen. Über Ihr Interesse würden nicht nur wir, sondern auch die Kollegen der EBF sich freuen.

Und nun zu Ihren Fragen.